

# Präsidenten-Amt und Sozialstaat beschädigt

Von Dr. Dagmar Enkelmann

Fast ist das politische Erdbeben, das der Rücktritt von Horst Köhler ausgelöst hat, schon wieder vergessen. Letztlich ist der ehemalige Bundespräsident über die Wahrheit gestolpert. Beim Krieg in Afghanistan geht es um strategische wirtschaftliche Optionen, worauf DIE LINKE immer wieder hingewiesen hat.

Schon 2006 hat der damalige Verteidigungsminister Jung offen davon gesprochen, dass die Bundeswehr künftig auch wirtschaftlichen Interessen wie Sicherung von Ressourcen und Energie zu dienen hat. Das ist von denen, die die Bundeswehr nach Afghanistan schickten, immer geleugnet worden. Rot-Grün sprach lieber davon, dass Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt werde. Deswegen ist Köhler auch von dort heftigst attackiert worden, denn das Lügengebäude um den wahren Grund des Afghanistankriegs drohte einzustürzen.

Köhler hat daraus die Konsequenzen gezogen. Das hat viel zur Beschädigung des Amtes beigetragen. Aber auch das Geschacher um die Nachfolge hat das Amt nachhaltig beschädigt. Die Union betrachtet das Amt des Bundespräsidenten quasi als Beute, SPD und Grüne als Schachzug, um vor allem die Regierungskoalition in Bedrängnis bringen zu können.

Wenn eine Kandidatin oder ein Kandidat der Opposition eine wirkliche Chance gehabt hätte, wäre dies nicht Gauck geworden. Und ein gemeinsamer Kandidat der Opposition war von Anfang an nicht gewollt. Das heißt: Die Stimmen der bis zu 125 Wahlfrauen und -männer der LINKEN sind SPD und Grünen egal.

Wulff wie auch Gauck sind für DIE LINKE nicht wählbar. Beide vertreten konservative Positionen. Von Gauck gibt es, was man von einem Bürgerrechtler eigentlich erwarten kann, keine kritische Position zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan, gegen die Vorratsdatenspeicherung oder gegen den Sozialabbau. Im Gegenteil – Gauck lobte gerade erst den früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder für soziale Einschnitte und forderte praktisch eine Neuauflage der Agenda 2010 und der Hartz-IV-Gesetzgebung.

Ihr so genanntes Sparpaket hat die Regierung unter das Motto gestellt: „Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken.“ In Wirklichkeit werden die Grundpfeiler der Zukunft weiter ausgehöhlt. Die Regierung will vor allem am Sozialstaat sparen. Das wird uns künftig teuer zu stehen kommen.

Die Bundesregierung begibt sich in die unselige Tradition des Reichskanzlers Brüning. In der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hat dieser durch Sozialkürzungen die Lage eindeutig verschärft. Aus dieser Zeit stammt auch das Wort „Sozialabbau“.

Von wirklichem Sparen, wo für die Zukunft oder schlechte Zeiten zurückgelegt wird, kann bei der Bundesregierung keine Rede sein. Nein, es werden soziale Leistungen gestrichen und gekürzt vor allem bei den ohnehin Benachteiligten und Schwächsten. Diese Richtung, bei der Arbeitsmarktpolitik und Hartz IV zu „sparen“, hat schon vor einiger Zeit Arbeitgeberpräsident Hundt vorgegeben. Das setzt die Regierung jetzt treu und brav um.

Die Vorschläge der Regierung sind ohne jegliche Politikfolgenabschätzung. Wenn der Bund die ohnehin geringen Rentenbeiträge für ALG-II-Bezieherinnen und –Beziehern streicht, werden diese Menschen am Ende auf die Grundsicherung angewiesen sein. Die Kürzung der Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose, deren Umwandlung von einer Pflicht- in eine Ermessensleistung verschlechtert die Chancen dieser Menschen auf dem Arbeitsmarkt noch mehr.

Und was als Subventionsabbau verkauft wird, sind meistens Luftbuchungen. Die Steuer auf atomare Brennelemente hängt von längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke ab. Dazu ist die Zustimmung der Länder nötig. Eine Finanztransaktionssteuer wird es nur geben, wenn man sich international einigt. Dies aber ist nicht in Sicht und eigentlich will die Bundesregierung die Steuer gar nicht.

All das bedeutet: Die Beiträge zur Haushaltskonsolidierung gehen vor allem zu Lasten der Ärmsten. Das so genannte Sparpaket wird die soziale Schieflage deutlich verschärfen.

Dabei gibt es Ausgaben, die man sich wirklich sparen könnte: Den Bundeswehreininsatz in Afghanistan z.B., für den bisher mindestens vier Milliarden Euro ausgegeben wurden. Streichen könnte man die Subventionen für die private Altersvorsorge. Durch höhere Steuern für die Krisenverursacher könnte die Einnahmeseite gestärkt werden.

DIE LINKE fordert in dieser Woche auch Aufklärung über den völkerrechtswidrigen Angriff des israelischen Militärs auf den internationalen Hilfskonvoi für Gaza. Das war ein aggressiver Akt. Die Tötung der Friedensaktivisten ist durch nichts zu rechtfertigen, auch ihr Freiheitsentzug nicht. Der Angriff und die Blockade des Gaza-Streifens behindern den Friedensprozess im Nahen Osten. Es fragt sich, wie groß das Interesse Israels daran ist. Dazu müssen der Bundestag und die Bundesregierung endlich Stellung beziehen und alles tun, um den Friedensprozess im Nahen Osten voranzubringen.